

Schwarzwald-Wacht

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 7 Pf., Textzeile 15 Pf. Bei Wiederholung oder Mengenabschluss wird entsprechender Rabatt gewährt. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 7.30 Uhr. Für fernmündlich angegebene Anzeigen kann keine Gewähr übernommen werden. — Erfüllungsort: Calw, Geschäftsstelle der Schwarzwald-Wacht, Reberstraße 25.

Fernruf Nr. 251  Gegründet 1828
Calwer Tagblatt

Bezugspreis: Ausgabe A durch Träger monatlich RM. 1,50 und 15 Pf. mit Beilage „Schwäbische Sonntagspost“ (einschl. 20 Pf. Trägerlohn). Ausgabe B durch Träger monatlich RM. 1,50 einschl. 20 Pf. Trägerlohn. Bei Postbezug Ausgabe B RM. 1,50 einschl. 18 Pf. Postgebühren zusätzlich 36 Pf. Beilage „Schwäbische Sonntagspost“ 18 Pf. mehr. Postfachkonto Amt Stuttgart Nr. 134 47.

Nationalsozialistische Tageszeitung und Amtsblatt sämtlicher Staats- und Gemeindebehörden des Kreises Calw

Calw im Schwarzwald

Dienstag, den 1. August 1939

Nr. 177

Danzigs Geduld am Ende

Polnischer Wirtschaftskrieg unter fadenscheiniger Begründung / Vertraglicher Zustand verfälscht

Danzig, 31. Juli. Die polnische Regierung hat Maßnahmen gegen die Einfuhr gewisser Erzeugnisse in Danzig anfassiger Firmen angekündigt, die einen klaren Bruch der Danzig-polnischen Wirtschaftsgemeinschaft darstellen. Man hat versucht, diese rein wirtschaftliche Angelegenheit mit der Frage der polnischen Zollinspektoren in Zusammenhang zu bringen, die angeblich in ihrer Arbeit „behindert seien“ und hat damit rein wirtschaftliche Fragen mit rein politischen verquittet. Amtliche Danziger Stellen sind in der Lage, Einzelfälle anzuführen, die klassische Beispiele für das Verhalten und den wahren Charakter der polnischen Zollinspektoren darstellen. Sie sind hier in knapper Gegenüberstellung wiedergegeben:

Deimert, militärische Spionage; Czofka, militärische Spionage, illegale Arbeit der polnischen Arbeiter; Krulowski, Musket, ehemalige polnische Oberzollinspektoren, wirtschaftliche Spionage, Terror und Erpressung; Koubert, wirtschaftliche Spionage; Mazuta, Jabis, Kulewski, militärische Spionage, Mißbrauch deutscher Menschen für diese Zwecke; Radecki, militärische Spionage; Stawojzewski, widerlicher Lebenswandel, Widerstand gegen die Staatsgewalt; Pejzowski, d.; Braun, unhöfliches Verhalten gegenüber dem Reichsminister Rudolf Heß und aus der letzten Zeit; Swida, Beteiligung an der Mordtat in Kalthof; Kalinowski, Kurnik, militärische Spionage; Lipinski, Spionage, verurteilten Menschenraub.

Die Geduld, die die Danziger Bevölkerung der freien Stadt jahrelang diesem Treiben der polnischen Zollinspektoren gegenüber bewiesen hat, das ist auch von der Danziger Regierung unmissverständlich zum Ausdruck gebracht worden, ist nun zu Ende. Selbstverständlich sind die polnischen Zollinspektoren in ihrem Dienst, soweit sie sich dabei im Rahmen der vertraglichen Vorschriften halten, unbehindert und völlig geschützt. Daß diese Sicherung jedoch aber nicht als ein Freibrief für Uebergriffe innerhalb und außerhalb des dienstlichen Betrages betrachtet werden kann, bedarf keinesfalls eines ausdrücklichen Hinweises.

Ein besonderes Kapitel ist die unverhältnismäßig große Zahl der polnischen Zollinspektoren. Die polnische Regierung hat gegenüber entsprechenden Vorstellungen der Danziger Regierung die Behauptung aufgestellt, daß diese Zahl „noch unzureichend“ sei und dafür Gründe angeführt, die Danzig in der Aufzählung bestärkt, daß die polnischen Zollinspektoren am allerwenigsten für Zollzwecke eingesetzt werden, weil diese Gründe nicht eine

Begründung, sondern eine Verminderung der Zollinspektoren voraussetzen würden.

Diese von polnischer Seite angeführten Gründe sind: 1. Der Umfang des Warenverkehrs über den Danziger Hafen, 2. der Umfang des Personenverkehrs über die ostpreussische Grenze, 3. die Gliederung der Danziger Zollverwaltung und die Zahl der Danziger Zollbeamten.

Dazu wird in Danzig festgestellt: 1. Im Jahre 1929 unterhielt Polen 27 Zollinspektoren gegenüber etwa 100 im Jahre 1938. Der Warenumschlag im Danziger Hafen betrug 1929 8,5 Millionen Tonnen, 1939 jedoch nur 7,1 Millionen Tonnen. Der Wert des Hafenumschlages in Danzig sank jedoch von 1,5 Milliarden Zloty im Jahre 1929 auf ungefähr 0,5 Milliarden Zloty im Jahre 1938. Die Entwicklung des Warenverkehrs mißt demnach einen Rückgang der Vollständigkeit und eine entsprechende Verminderung der Zahl der polnischen Zollinspektoren bedingend.

2. Der Personenverkehr über die ostpreussische Grenze ist infolge der völkischen Verbundenheit Danzigs mit dem Reich auch früher nicht geringer gewesen als jetzt. Die Schmutzgefahre ist jedoch wegen des hohen Standes der Reichsmark gegenüber dem Danziger Gulden eine viel geringere als früher.

3. Die Organisation des Danziger Zolldienstes ist früher die gleiche gewesen wie heute und besteht aus dem Landesollamt mit etwa 20 Zollämtern. Auch auf diesem Gebiet sind keinerlei Beweisgründe für die Notwendigkeit der Vermehrung der polnischen Zollinspektoren zu erblicken. Die Zahl der Beamten des Danziger Zolldienstes hat sich entsprechend dem allgemeinen Rückgang des Verkehrs gegenüber dem Jahre 1929 von 1282 auf 1035 Beamte verringert.

Der Zustand, den die polnische Regierung durch die Vergrößerung der Zahl der polnischen Zollinspektoren herbeigeführt hat, steht in krassem Widerspruch zu dem Wortlaut und dem Sinn der Verträge. Nach Artikel 14 des Pariser Vertrages vom 9. November 1920 soll die Danziger Zollverwaltung ausschließlich in den Händen der Danziger Beamten bleiben. Der Zentralzollverwaltung ist nur das Recht einer generellen Kontrolle der Danziger Zollverwaltung eingeräumt worden. Aus dieser generellen Kontrolle hat Polen allmählich widerrechtlich eine spezielle Kontrolle sämtlicher einzelner Abfertigungshandlungen gemacht. Dieses zeigt sich deutlich bei einem Vergleich der Danziger Oberbeamten und der polnischen Zollinspektoren. Den etwa 40 Danziger Oberbeamten stehen jetzt 100 polnische Zollinspektoren gleichen Ranges gegenüber. Das ist eine Verfälschung des vertraglichen Zustandes, die von Danzig nicht widerspruchslos hingenommen werden kann.

Die Danziger Regierung hat sich daher entschlossen, zur Wiederherstellung des vertragsmäßigen Zustandes die Danziger Zollverwaltung anzurufen, die polnischen sogenannten Grenzer, die überhaupt keine zolltechnische Ausbildung besitzen, nicht mehr als polnische Zollinspektoren zu behandeln.

Japanische Warnung an England

Chamberlain verschanzt sich hinter die Vereinigten Staaten

Tokio, 31. Juli. Die gesamte japanische Presse warnt heute England, sich in der Durchführung des absolut klaren japanisch-englischen Uebereinkommens nicht von anderen Problemen beeinflussen zu lassen. „Tokio Nahi Schimbun“ vermutet, daß die plötzliche verfeinerte Haltung Englands auch auf die Moskauer Verhandlungen zurückzuführen sei, da Sowjetrußland anscheinend in einer Verständigung mit Japan eine Störung der Pläne erblicke, über die gegenwärtig in Moskau verhandelt werde. Alle Zeitungen erklären, daß die Entscheidung über die Fortführung der Konferenz von Tokio allein in Händen Englands liege. Wenn England unter Verleugnung des geschlossenen Abkommens jetzt Schwierigkeiten machen

wolle, dann sei Japan durchaus vorbereitet, die Verhandlungen abubrechen.

Zu englischen Unterhaus wurde Chamberlain von mehreren Abgeordneten gefragt, ob die britische Regierung eine ähnliche Maßnahme treffen wolle, wie die amerikanische mit der Kündigung des Handelsvertrages von 1911 gegen Japan. Chamberlain erklärte: „Es handelt sich hier um eine Frage, die eine sorgfältige Prüfung erfordert, und ich bedaure, daß ich nicht in der Lage bin, heute eine Erklärung abzugeben.“ Auf jeden Fall würden Konsultationen mit den Dominionsregierungen notwendig sein. Der Labour-Abgeordnete Henderson fragte hierauf, ob es nicht in Betracht der Tatsache, daß die britische und die amerikanische Regierung durch die Grundzüge des Neunmächtevertrages gebunden seien, wünschenswert sei, daß die britische Regierung soweit wie möglich hinsichtlich der Lage, die durch Japans Vorgehen in China geschaffen worden sei, dieselbe Politik wie die Vereinigten Staaten verfolge. Chamberlain erwiderte, im großen und ganzen sei er der Ansicht, daß die Ziele der Regierung der Vereinigten Staaten und der britischen Regierung ähnlich seien. Ferner wurde Chamberlain gefragt, ob er der amerikanischen Regierung versichern wolle, daß, falls sie eine Sperre für Kriegslieferungen nach Japan beschließe, die britische Regierung einen ähnlichen Schritt unternehmen werde. Unterstaatssekretär Butler erklärte hierauf, er könne nicht sagen, welche Schritte die britische Regierung in einem solchen Falle beschließen werde.

Auf die Frage, welche direkten oder indirekten Vorschläge die japanische Regierung der britischen Regierung unterbreitet habe, für den Fall, daß die britische Regierung keine weiteren Maßnahmen zur Stärkung des chinesischen Dollars treffen wolle, erwiderte Butler, daß keinerlei derartige Vorschläge gemacht worden seien. Auf eine weitere Frage dementierte Butler die Meldung, daß der japanischen Regierung die mündliche Versicherung abgegeben worden sei, daß Großbritannien die chinesische Währung nicht mehr weiter stützen werde.

Der neutrale Bloß des Nordens

Durch das Ränkespiel Englands beschleunigt

Eigenbericht der NS-Presse

Berlin, 31. Juli. Es ist erst wenige Tage her, daß die Londoner und Pariser Zeitungen den Abschluß des vielbesprochenen Dreierpakt als unmittelbar bevorstehend erwarteten, nachdem man sich infolgedessen geeinigt hatte, daß Generalstabsbesprechungen vor der Unterzeichnung des Vertrages stattfinden sollten. Inzwischen ist das von den Zeitungen der westlichen Hauptstädte vorausgesehene Ereignis nicht eingetreten und die Moskauer Forderung nach Flugbasen in Polen ist ebensowenig geeignet, die hoffnungsfrohe Stimmung zu rechtfertigen, wie die noch immer bestehende Unklarheit des Begriffs „indirekter Angriff“.

Dennoch hat der verfrühte Jubel in London und Paris ein praktisches Ergebnis gehabt. Die Neutralen Skandinavien und des Ostseeraumes haben noch einmal in aller Deutlichkeit auf ihren Standpunkt verwiesen, der jedem Versuch, die Souveränität oder gar die Integrität ihrer Staaten zu beeinträchtigen, entgegentritt. Finnlands Staatsminister Cajander hat wohl nicht zufällig von dem jahrhundertlangen gemeinsamen

Kampf der Schweden und Finnen gegen den großen Nachbarn im Osten gesprochen, der heute in der Wüste des Garanten an Finnlands Landgrenze pocht. Die Worte des finnischen Ministers sind eindeutig und wurden in den nordischen Ländern als programmatische Erklärungen und Bezeugung der nordischen Solidarität begrüßt.

Der schwedische Außenminister Dr. Sandler hat in seinen Erklärungen zu dem Thema der finnischen Selbsthilfe im Notfall die Gemeinsamkeit der Interessen beider Länder betont. Diese Solidarität der nordisch-skandinavischen Länder wird endlich durch die Ausführungen des dänischen Außenministers Dr. Munch unterstrichen, deren Grundton darauf abgestimmt ist, den Norden unbedingt aus etwaigen Konflikten der Großmächte herauszuhalten. Wenn auch die Lage Dänemarks von der Finnlands wesentlich verschieden ist, und Kopenhagen deshalb andere Sorgen hat als Stockholm und Helsinki, so zeichnet sich doch immer stärker hervortretend und in seiner Konstitution durch die Ränke der britischen Politik beschleunigt der neutrale Bloß des Nordens, der Bloß zwischen den Blöden sein will.

Wir sind gewappnet

Der 2. August 1914 im Blickfeld von heute

Es ist hier nicht der Platz, die Vorgeschichte des Weltkrieges zu untersuchen. Aber wenn vom 2. August 1914 die Rede ist, an dem das deutsche Volk in dem Bewußtsein seiner Unschuld an dem nunmehr beginnenden mehr als vierjährigen Völkerringen zu den Waffen griff, dann muß auf den schweren Fehler hingewiesen werden, die „Einkreisung“ zu sehen und nicht beizeiten sich ihrer zu erwehren. Der Führer hat mit diesen Worten in Wilhelmshaven am 1. April dieses Jahres die schuldhaft veräußerte Verantwortung für die Vorkriegsjahre gekennzeichnet, unvorbereitet in den Krieg gegangen zu sein. Das Wesentliche am Kriegsbeginn ist nicht so sehr die Tatsache, daß die Welt — an ihrer Spitze England — uns von dem „Platz an der Sonne“ vertreiben wollte. Sondern die Unfähigkeit eines politischen Systems, das sich in klingenden Worten gefiel und an Entscheidungen aneinander vorbeiredete, das zwar den Frieden wollte, aber nichts für seine Sicherung tat. Wenn wir Deutschen unter Deutschen sprechen, wollen wir nicht in Worten rasenden Zorns den Frevel der Kriegstreiber von 1914 anklagen. Wir wollen uns bewußt werden, daß mit frommen Wünschen und Beteuerungen sich einmal Versäumtes nicht wieder gutmachen läßt.

So ist der Tag, „an dem das deutsche Volk vor 25 Jahren den Verteidigungskampf um seinen Bestand gegen die feindliche Uebermacht aufnahm“ — wie es in dem Befehl des Führers und Obersten Befehlshabers an die Wehrmacht heißt — nicht ein üblicher Gedenktag. Der 2. August hat für uns einen doppelten Sinn. Er ist der Ehrentag für die deutsche Wehrmacht, an dem Mut und Einsatzbereitschaft der ruhmreichen alten Armeesoldaten des neuen deutschen Volksherees vor Augen geführt wird. Die Gegner haben diesen Geist auf den Schlachtfeldern kennen und achten gelernt. Sie bewunderten ihn und haßten ihn zugleich.

An den großen strategischen Plänen von 1914, von denen die Schlacht bei Tannenberg am 27. August der größte Sieg der deutschen Wehrgeschichte ist, an dem bis zur Erschöpfung gehenden Angriffsgedanken der Frontsoldaten, aber auch an der Behre aus den vergangenen eigenen Fehlern oder dem operativen Geschick der Feinde werden die jungen Soldaten das Geheimnis dieses Geistes erkennen. Als stärkstes Bewußtsein aber lebt in Herzen und Hirnen der wehrfähigen Männer des Großdeutschen Reiches die Tatsache, daß die Wehrmacht von 1939 ein Volksherees und auf den Führer des nationalsozialistischen Deutschlands vereidigt ist.

Das Heer von 1914, dessen militärische Leistungen unverwundbar in aller Erinnerung sind, war unpolitisch und nur der Monarchie verpflichtet. Volk und Heer waren nicht eins, und das Offizierskorps für den Waffendienst hervorragend ausgebildet, stand außerhalb der völkischen Gemeinschaft. Erst später, mitten in den großen Materialschlachten, bildete sich das heraus, was die Besten als nationalsozialistisches Fronterlebnis mit heimgebracht haben.

Dieser Erlebnisfront von gewaltiger seelischer Stärke stand eine ihren Aufgaben nicht gewachsene Oberschicht und ein führerloses Volk gegenüber. Weil der Offizier im Zweiten Reich nicht den gleichwertigen politischen Volksführer kannte, wie ihn Adolf Hitler in der NSDAP herangebildet hat, wurden die an den Fronten gewonnenen Schlachten in der Heimat wieder verloren. Ein solcher Zwiespalt ist heute ausgeschlossen. In Wehrmacht und Partei, den beiden Trägern des nationalsozialistischen Staates, wird der Führergedanke durch wechselseitige Durchdringung des nationalen Lebens mit soldatischem und sozialistischem Geist verankert. Ebenso wie ein echter politischer Führer soldatische Haltung beweisen muß, kann der Offizier nur als innerlich überzeugter Nationalsozialist seine Aufgaben erfüllen. Durch diese in der Person des Führers verschmolzene Einheit zwischen Wehrmacht und Partei hat Deutsch-

Land tatsächlich eine unüberwindbare Stärke erhalten.

Es ist nur zu natürlich, daß wir uns ihrer am Tage des Kriegsbeginns vor 25 Jahren besonders bemüht werden. Wieder erleben wir Tag um Tag, daß die Einkreiser wie damals in der Welt herumkonferenzen, mit dem Ziele, Deutschland zu vernichten. Hinter den Wolken am politischen Horizont vermag sich jedoch nicht mehr ein fürchtbares Gewitter zusammenzuballen. Denn das Deutschland von 1939 ist nicht nur in Waffen stark, sondern sieht auch politisch klar und zuversichtlich.

Mit den letzten Gewittern der überwundenen schweren Sturmzeit von 1914 bis 1933 ist auch die letzte Chance für die Feindmächte hinweggefegt, dieses deutsche Volk noch einmal schlafend vorzufinden. Wir stehen nicht allein. In der Achse Berlin - Rom dokumentiert sich ein unvergleichbares militärisches und politisches Kraftfeld, das alle Begebenheiten der Welt berücksichtigt. Wenn diese Macht aufgerufen werden sollte, dann marschieren nicht waffentragende Menschen, sondern eine gepanzerte Weltanschauung, deren Wehrmachtswollen stärker ist als der Vernichtungswahn der Entente.

Der 2. August ist ein Ehrentag der deutschen Soldaten. Da aber jeder aufrechte Deutsche heute soldatisch denkt und fühlt, ist er ein stolzer Tag der Besinnung für die ganze Nation. Im großen Ringen des Weltkrieges blieb Deutschland auf dem Felde unbefiegt. Bei einem nochmaligen Appell an die Waffengewalt wird sich das Großdeutsche Reich auch auf dem politisch-diplomatischen Parkett nicht schlagen lassen. Darüber wacht die nationalsozialistische Bewegung und eine Führung, die nicht im Gehrock und Zylinder einherpaziert, sondern in der Uniform des Vorlebens, den höchsten Sinn des Soldatentums überhaupt verkörpert.

Der Feind in der Flanke

Rom, 31. Juli. Die Maßnahmen der englischen Regierung gegen die irische Nationalisten werden in Rom als ein offensichtliches Anzeichen für die inneren Spannungen und Schwächen beurteilt, unter denen das britische Imperium trotz seiner angeblichen Geschlossenheit leidet. Inwiefern das Sondergesetz tatsächlich zu einem Nachlassen der Bombenattentate führen wird, läßt man dahingestellt, wobei „Teber“ bemerkt: Man wisse ja, was die Iren für harte Köpfe hätten und daß sie England als ihren Todfeind betrachteten, gegen den jedes Mittel recht sei. Es habe sich, wie das Blatt weiterhin meint, lediglich um Versuche gehandelt, die den Iren hatten, die Schlagkraft der Organisation zu erproben. Zu wirklichem Ernst würden die Iren erst vorgehen, wenn England im Kriege oder in einer entscheidenden diplomatischen Aktion stehe, und in einem solchen Falle könnte allerdings eine Bombe in London schwerer wiegen als mancher Kanonenschuß in Suez, Indien oder Gibraltar. Jedenfalls müsse sich England darüber klar sein, einen Feind in der Flanke zu haben.

Palästina-Banden im Solde Englands

Plünderungen und Auspeitschungen als Mittel der „Befriedung“

Beirut, 31. Juli. Es mehren sich die Meldungen aus Palästina, wonach das Unerbittliche der Banden, die im Solde der Mandatsregierung oder des britischen Militärs stehen und die von den britischen Behörden mit Kleidung, Waffen und Lebensmitteln versorgt werden, immer größeren Umfang annimmt. Die Engländer werfen für sie ungeheure Summen aus, um durch das Treiben dieser Banden das Ansehen der national-arabischen Freiheitskämpfer, denen man diese Vergehen zur Last legt, herabzusetzen und weiter, um die Bevölkerung durch tägliche Gewalttaten endlich doch noch für die britische Weißbuchpolitik reif zu machen.

In der Regel kommen die Anhänger der von den Engländern gekauften Subjekte in die Dörfer und verlangen die Aushändigung von Waffen. Erwidern die Dorfbewohner, daß sie keine Waffen besitzen, so fordert man Geld und geht schließlich, wenn auch dies verweigert wird, dazu über, die wehrlosen Einwohner zu verprügeln und als „böswillige Anhänger der Freischärler“ dem Militär auszuliefern. Der Weg führt dann nach den entsprechenden „Vernehmungen“ in Konzentrationslager. Meist finden die Dorfbewohner keinen anderen Ausweg, als ihre letzten ihnen noch verbliebenen Habeligkeiten zu verkaufen, um den Forderungen dieser Banden nachzukommen und sich wenigstens noch einige Zeit vor dem Konzentrationslager zu retten.

Als sich so ein gewisser Mohammed el Achoua el Barghouti aus der Gegend von Ramallah weigerte, ein Gewehr abzuliefern, da er keines besaß, und sich weiter weigerte, die Wohnung des bekannten Volksverrätters Raschadschibi aufzusuchen, wurde er verprügelt. Er brach bewusstlos zusammen und mußte von seinen Verwandten ins italienische Hospital nach Jerusalem gebracht werden, wo er schließlich jetzt nach 55 Tagen seinen fürchtbaren Wunden erlag.

Neue Flottenpläne des Kreml

Wie stark ist Sowjetrußland zur See?

Warschau, 31. Juli. Während der letzten anderthalb Jahre hat die Einstellung der Sowjetregierung zu allen Fragen, welche die Aufrüstung zur See und die Beteiligung der Sowjetunion am Flottenwettbewerb betreffen, eine grundlegende Aenderung erfahren. Der Wechsel der Anschauungen in den maßgebenden Kreisen trat zum ersten Male auch nach außen hin in Erscheinung, als im Dezember 1937 die Gründung eines selbständigen Kriegsmarineministeriums bekanntgegeben wurde, welches unverzüglich an die Schaffung einer starken Hochseeflotte herangehen sollte.

Um den Flottengedanken zu popularisieren, wurde zum ersten Male in diesem Jahre am 24. Juli ein Tag der Roten Marine abgehalten, ein Tag, der von nun ab alljährlich in feierlichem Rahmen begangen werden soll. Die Sowjetregierung ist sofort an die Realisierung der Flottenbaupläne geschritten, mit dem Erfolg, daß schon in diesem Frühjahr und Sommer eine Anzahl von Kriegsschiffen in den Bestand der Seestreitkräfte hat eingereiht werden können. Hier wäre in erster Linie der 8000 Tonnen große, in Leningrad erbaute schwere Kreuzer „Kirov“ zu nennen. Vermutlich wird ihm auch bald das Schwester Schiff „Maxim Gorki“ folgen, welches ebenso wie der „Kirov“ mit 18-Zentimeter-Geschützen armiert ist. Geplant sind außerdem noch fünf weitere 8000 Tonnen große schwere Kreuzer, von denen mindestens zwei schon auf Stapel liegen. Nach der Fertigstellung dieser Schiffe würde

die Sowjetunion über eine Kreuzerflotte von acht Schiffen mit einer Gesamtverdrängung von 64 000 Tonnen verfügen. Hinzu kommen außer dem in der Schwarzmeerflotte stationierten Flugzeugträger „Stalin“ noch zwei weitere. Sie beide sind bereits in Leningrad auf Stapel gelegt, haben eine Wasserverdrängung von je 12 000 To. und können je 50 Landflugzeugen als Basis dienen. Im Vergleich mit den Seestreitkräften der übrigen Mächte ist diese Flotte natürlich schwach.

Man hat wohl aus diesem Grund in den führenden sowjetrussischen Marinekreisen die Absicht geändert, sich nur auf den Bau leichter Einheiten zu beschränken. Erst neulich gab der Admiralstabschef der Roten Seestreitkräfte, Galler, die Parole bekannt, daß der Flottenbau der Sowjetunion im dritten Fünfjahresplan im Zeichen des Baues von Großkampfschiffen zu stehen habe. Von ihnen besitzt die Rote Marine bisher nur drei mit 69 878 Tonnen. Sie alle stammen aus der Vorkriegszeit, sind allerdings in den letzten Jahren modernisiert und umgebaut worden. Geplant und im Bau sind noch drei solcher „Tintory“, die aller Wahrscheinlichkeit nach die amerikanischen Schlachtschiffe der „North-Carolina-Klasse“ zum Vorbild haben. Immerhin stellen sich den Flottenplänen der Sowjetregierung noch große Schwierigkeiten entgegen. So sind die Baufristen unverhältnismäßig gedehnt und betragen für Kreuzer 30 Monate, für Schlachtschiffe noch mehr.

Kennzeichen für die Juden in Böhmen?

Scharfe gesellschaftliche Trennung der beiden Rassen

Eigenbericht der NS-Presse

Prag, 31. Juli. Da die Prager Regierung noch kein eigentliches Judengesetz erlassen hat und sich die Verordnung des Reichsprotektors nur mit der Übertragung des jüdischen Eigentums beschäftigt hat, wurde jetzt von der tschechischen arischen Kulturbehörde die Initiative ergriffen und der Protektorsregierung ein Vorschlag unterbreitet, in dem dieses brennende Problem nach neuen Grundrissen gelöst werden soll. In dem Entwurf heißt es, daß Staatsbürger des Protektorats nur Angehörige des tschechischen oder eines anderen arischen Blutes sein können. Als Juden werden alle angesehen, die von einem oder zwei jüdischen Elternteilen abstammen. Weiterhin wird als Jude betrachtet, wer von einem oder mehreren jüdischen Großeltern abstammt und von dessen Vorfahren vom 4. Glied an mehr als zwei Juden sind. Eine Besonderheit des Entwurfs besteht darin, daß auch diejenigen als Juden betrachtet werden können, die mit einem Juden nachkommen haben oder eine Ehe eingehen und innerhalb von

zwei Monaten nach Gesehwerdung dieses Entwurfs kein Scheidungsgesuch eingebracht haben.

Weiterhin kann als Jude auch erklärt werden, wer nach den Grundrissen des jüdischen Glaubens lebt oder gesellschaftlich nur in jüdischen Kreisen verkehrt und die Bestrebungen der Freimaurerlogen unterstützt. Im gesellschaftlichen Verkehr soll ferner eine strenge Scheidung zwischen den Rassen festgesetzt werden. Die Juden sollen, wo es das öffentliche Leben erfordert, besondere Kennzeichen erhalten.

Militärgericht gegen Volksdeutsche?

2 Dekrete des polnischen Staatspräsidenten

Eigenbericht der NS-Presse

Warschau, 1. August. Staatspräsident Moscicki hat zwei neue Dekrete herausgegeben, von denen das eine die Requirierung von Zugtieren und Kraftfahrzeugen schon zu Friedenszeiten ermöglicht, während das zweite Dekret den Staatspräsidenten bevollmächtigt, schon zu Friedenszeiten die Militärgerichtsbarkeit auf Zivilpersonen auszu dehnen. Die Anwendung der Militärgerichtsbarkeit kann im ganzen Lande und auch in einzelnen Gebieten für notwendig erklärt werden, wenn auch anzunehmen ist, daß sich hier eine neue Ausnahmevorsorge gegen Volksdeutsche, Weißrussen und Ukrainer anbaut.

Chamberlain über die Militärmission

Auch Besprechung von Flotten- und Luftfragen

London, 31. Juli. Ministerpräsident Chamberlain gab am Montag im Unterhaus bekannt, daß eine britische und eine französische Militärmission sich wahrscheinlich noch diese Woche nach Moskau begeben werden. Im einzelnen erklärte Chamberlain, die sowjetrussische Regierung habe vorgeschlagen, sofort mit militärischen Besprechungen zu beginnen, und die britische und französische Regierung hätten sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt. Es sei beabsichtigt, daß gleichzeitig mit den militärischen Besprechungen die politischen Besprechungen fortgesetzt werden sollten. Auf eine Zwischenfrage erklärte Chamberlain, daß die militärischen Besprechungen wahrscheinlich diese Woche beginnen würden. Auf eine weitere Frage, ob man aus der Zusammensetzung der britischen Delegation den Schluß ziehen könne, daß auch Flotten- und Luftfragen besprochen würden, antwortete Chamberlain: „Offensichtlich.“

Belgien gegen Auslandspropaganda

Brüssel, 31. Juli. Im Belgischen Staatsblatt wird der Wortlaut des Gesetzes vom 20. Juli 1939 zur Bekämpfung ausländischer Propaganda in Belgien bekanntgegeben. Künftig wird jede gegen den Staat gerichtete Propaganda und jede Aktivität, die die Integrität, Souveränität oder Unabhängigkeit des belgischen Staates gefährdet, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 20 000 Franken belegt, sofern es sich um Machenschaften im Auftrage ausländischer Stellen handelt.

Englische Methode

Tagesrundblick unserer Berliner Schriftleitung

Dr. H. Berlin, 1. August. In Palästina bestehen nicht nur Uneinigigkeiten zwischen Arabern und Juden oder zwischen der englischen Mandatsregierung und der arabischen Bevölkerung, nein, auch die Zersplitterung unter den Arabern nimmt Formen an, die durch die „geniale Kolonialpolitik Großbritanniens“ wieder eingereicht werden können. . . behauptet London. Der nächste amtliche Bericht aus dem Nahen Osten wird zweifellos in bewegten Worten Klage führen über das Bandenwesen in den arabischen Dörfern, über zu Tode verprügelte Dorfbewohner, über bestialische Gewalttaten, die Araber an ihren eigenen Landsleuten verübt haben, um dann die Segnungen eines scharfen britischen Regimes in strahlendem Licht erscheinen zu lassen. Jeder Engländer, der natürlich den wahren Zusammenhang nicht ahnt, wird einer energischen Handhabe gegen dieses Unwesen das Wort reden.

England ist freigebig. Es läßt sich eine Niederlage etwas kosten, es gibt aber auch reichlich Geld aus für Unternehmen, die vielleicht einmal einen Erfolg bringen werden. Im Augenblick finanziert es arabische Banden, verspricht ihnen Straffreiheit, Belohnungen, jede Unterstützung, damit sie Unfrieden säen und England in der dankenswerten Rolle des Retters aus dem Chaos in Palästina auftreten kann. Die Freiheiten, mit denen man die jüdischen Terrorgruppen in Palästina ausgestattet, scheinen nicht den gewünschten Erfolg gehabt zu haben. Erfolg ist jedoch im England von heute ein Wort von Seltenheitswert, es verdient gefördert zu werden, also wird es im gegnerischen Lager einmal ausprobiert. Uns scheint nur, daß man in London eine recht eigenartige Vorstellung vom Wert der national-arabischen Freiheitskämpfer haben muß.

Polen verfügt nicht nur über die beste Armee, die, wenn die Stunde da ist, im Spaziergang Berlin erobert, es geht diesem Lande auch wirtschaftlich so gut, daß sich bereits ein empfindlicher Mangel an Facharbeitern bemerkbar macht. So wenigstens erklärt „Gypsz Bozanny“ die Verordnung der polnischen Regierung, die die Zwangsregistrierung aller Facharbeiter im Alter von 17 bis 60 Jahren verfügt, die für die nationale Verteidigung in Frage kommen.

Es gehört schon eine ziemliche Portion Freiheit dazu, die vier bis sechs Millionen Arbeitslosen, die es tatsächlich in Polen gibt, einfach zu unterschlagen und von einem Aufschwung in der Wirtschaft zu reden. In Wahrheit steht die Sache so aus: Polen hat bis vor kurzem eine kleine Gruppe qualifizierter Facharbeiter gehabt, das waren Deutsche! Herr Graynlt und seine Nachahmer haben es jedoch für richtig gehalten, diese Menschen, deren Arbeit sie dringend bedürfen, striflos zu entlassen. Die Folge davon ist, daß Maßnahmen, die gegen Deutschland gerichtet waren, in erster Linie Polen selbst treffen. Die wenigen polnischen Facharbeiter, die es überhaupt gibt, sind natürlich in der Rüstungsindustrie beschäftigt und selbst dort reichen sie nicht aus, wie die Verordnung zeigt.

Ein paar Millionen Arbeitslose und keine Facharbeiter, Rüstungsaufträge an das Inn- und Ausland und kein Geld, aber „Freunde“ und den eigenen Größenwahn — wird Polen damit die Schwierigkeiten meistern?

Der „olle Seemann“ in Paris

King-Hall will die Italiener beglücken

Eigenbericht der NS-Presse
Paris, 1. August. King-Hall ist in Paris eingetroffen, ein kleines unbedeutend aussehendes zappliges, nervöses Männchen, das dauernd an seiner Pfeife herumhantiert. Zwei Tage will er bleiben, streng privat natürlich, „wie meine Briefe“, setzte er hinzu und bestätigt damit die Vermutung, daß sein Eintreffen in Paris mit dem Beschluß des französischen Ministerrats, ein Informationsamt einzurichten, zusammenhängt. Neugierigen Journalisten erklärte er, der Einfall, im Dienste der Entretreuung Propagandabriefe zu schreiben, sei ihm zufällig beim Zähneputzen gekommen. Das glaubten die Pariser Journalisten ohne weiteres. Was sie aber nicht glaubten, war seine erneute Versicherung, daß er seine 150 000 Briefe nach Deutschland aus seinem eigenen Einkommen bezahlt habe.

Weiter erzählte er den Journalisten, er gebe seit einigen Jahren einen vertraulichen Informationsdienst heraus, der an einen „ausgewählten“ Kreis von Persönlichkeiten des englischen öffentlichen Lebens geschickt werde. In einem Interview für die kommunistische Zeitung „Ce Soir“ teilte er mit, daß er auf Grund seiner jüngsten Vorbeeren bei der nächsten Wahl für das Unterhaus kandidieren würde. Schließlich sagte er noch, er würde zunächst die Deutschen nicht mehr mit Briefen belästigen, sondern sich fürs erste den Italienern zuwenden. Wir wünschen ihm für diese Arbeit die gleichen „Erfolge“ wie in Deutschland.

Ehrendienst auch des letzten Studenten

Vereinbarung über den Einsatz im Luftschutzdienst

Berlin, 31. Juli. Der Präsident des Reichs-Luftschutzbundes, General der Flakartillerie von Schröder, hat mit dem Reichsstudentenführer Dr. Scheel eine Vereinbarung über den Einsatz im Luftschutzdienst getroffen.

Zu dieser Vereinbarung bemerkt der Präsident des Reichsluftschutzbundes, General der Flakartillerie von Schröder, in einem Aufsatze folgendes: "Nur ein kleiner Kreis von Studenten konnte bisher aus gesundheitlichen Gründen keinen Ehrendienst für Volk und Vaterland leisten.

Der Reichsstudentenführer, Hauptamtsleiter Dr. Scheel, bemerkt dazu u. a.: "Diese selbst übernommene Leistungspflicht der für den Arbeitsdienst und die Wehrpflicht untauglichen Kameraden ist kein studentisches Vorrecht.

Deutscher Flugzeugbau voran!

Berlin, 31. Juli. Der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Göring, hat den Junkers-Flugzeug- und Motorenwerken in Dessau anlässlich der drei neuen Rekorde in folgendem Telegramm seine Anerkennung ausgesprochen: Die Aufstellung der drei neuen internationalen Geschwindigkeitsbestleistungen durch Ihren serienmäßig hergestellten Bomber ist wieder ein glänzender Beweis des hohen Standes des deutschen Flugzeug- und Motorenbaues.

52-Männer retten die Ober-Wache

Börfer von den Fluten abgeschnitten

Oppeln, 31. Juli. Das schwere Hochwasser in Schlesien hat auch zu weiteren Katastrophen Veranlassung geführt.

Neue Hafurteile polnischer Gerichte

Innerhalb einer Stunde aus der Grenzzone ausgewiesen

Posen, 31. Juli. Vor dem Bezirksgericht in Bielsk fand heute die Schlussverhandlung gegen die drei Volksdeutschen aus Kamik statt. Die Angeklagten wurden am 11. Juli wegen "Verdunkelungsgefahr" in Untersuchungshaft gesetzt worden waren, wurden zur Verhandlung in Gefängnisleidung vorgeführt.

Das Bissaer Bezirksgericht verurteilte den Deutschen Jakob Roland aus Kaszow zu sieben Monaten Gefängnis und die Deutsche Berta Kunert aus Tomaszow zu drei Monaten Gefängnis.

Wie aus dem Kreisamt gemeldet wird, ist der deutsche Landwirt Paul Schulz aus der Grenzzone ausgewiesen worden.

terem katastrophalen Verwüstungen geführt. Im Kreise Ratibor stehen jetzt schon 50 000 Morgen Wiesenlande unter Wasser.

748 Prämien der Arbeitsbeschäftigungs-Lotterie

München, 31. Juli. Am Montagvormittag fand unter dem Vorsitz des Notars Dr. Reiss im Münchener Kunstgewerbehaus die Ziehung der Prämien der "Reichs-Lotterie für nationale Arbeit" statt.

Offene Stellen weiter vermehrt

25 000 neue Pflichtjahrmädchen eingesetzt

Berlin, 31. Juli. Nach dem amtlichen Bericht über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter im Monat Juni lagen bei den Arbeitsämtern des Großdeutschen Reiches insgesamt 860 000 Arbeitsgesuche und fast 1,7 Millionen offene Stellen zur Bearbeitung vor.

In das Pflichtjahr für Mädchen sind im Juni auf Grund von Zustimmungen der Arbeitsämter weitere 25 000 Mädchen eingetreten.

Millionenprojekt rettet einen See

Neufiedlersee vor dem Austrocknen bewahrt

Wien, 31. Juli. Deutschlands selbstsamtes Gewässer, der Neufiedlersee, soll endgültig vor der drohenden Versteppung bewahrt werden.

Sonderprämie zu 5000 Mark in Reihe I auf die Nummer 1 092 792 sowie acht Sonderprämien zu je 1000 Mark gezogen.

Schlosser gewann 100-Mark-Wagen

im Wettbewerb für Betriebsleistungssteigerung

Jittau, 31. Juli. Mit einem Preisaus schreiben unter den Gesellschaftermitgliedern gab ein hiesiges Textilwerk eine wertvolle Anregung für die Leistungssteigerung der Betriebe.

ausgearbeitet worden. Reichsminister Darre wird voraussichtlich noch in diesem Jahre die Entscheidung über die Zukunft dieses äußerst wichtigen Sees fällen.

Der riesige Neufiedlersee regelt die Temperatur des Burgenlandes. Täglich verdunstet er 700 Millionen Liter Wasser und mildert damit das Klima.

Der Direktor der Wiener Finanzprokurator, Ludwig Reinhardt, hat ein Projekt ausgearbeitet, das die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinden am Neufiedlersee verbessern kann.

Für 3 Milliarden Schmuck bei Juden

Engländer wollen in Prag verhandeln

Prag, 31. Juli. 100 000 Juden des Protektorats haben bisher die in ihrem Besitz befindlichen Schmuckstücke, Edelmetalle und Wertpapiere bei der Nationalbank in Prag angemeldet.

Witbelsturm in Nord-Brabant

Amsterdam, 31. Juli. In der Nacht zum Montag ist die holländische Provinz Nord-Brabant durch ein furchtbares Unwetter heimgesucht worden.

Witbelsturm in Nord-Brabant

Witbelsturm in Nord-Brabant

Witbelsturm in Nord-Brabant

Witbelsturm in Nord-Brabant

Witbelsturm in Nord-Brabant

Mehr Vorräte stapeln!

Kleber Lagerhäuser als Torpedojäger

Eigenbericht der NS-Presse

London, 1. August. Die Londoner Zeitung "Financial News" stellt fest, daß die in England aufgestapelten Vorräte, die nach amtlicher Angabe für drei Monate ausreichen sollen, noch viel zu wenig seien.

Kriegsdienstverweigerer vor Gericht

Arbeitslager statt Wehrpflicht

Eigenbericht der NS-Presse

London, 31. Juli. In England tagte zum erstenmal der Gerichtshof, der sich mit den Kriegsdienstverweigerern oder wie man sie in der freien Demokratie nennt, "Wehrdienstverweigerern aus Überzeugung" befaßt hatte.

Straßenklotz in Cleveland

Streikende wollten General-Motors-Fabrik stürmen

Cleveland (Ohio), 31. Juli. Vor der Fabrik der General-Motors-Werke läuft es zwischen 3000 bewaffneten Streikposten und der Polizei zu einer blutigen Straßenschlacht, wobei eine Person getötet und 35 Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Denke daran - handle danach: Chlorodont wirkt abends am besten!

Vertical text on the far left edge, partially cut off, containing various words like 'tion', 'il', 'n', 'er', 'ge', 'tion', 'il', 'n', 'er', 'ge', 'tion', 'il', 'n', 'er', 'ge'.

